



MAGRAL AG

FINANCIAL BROKERS

Offenbachstraße 41
81245 München

Kommunales Finanzmanagement:
Ernst Altendorfer
Telefon: 089 82 99 46-55
Telefax: 089 82 99 46-46
E-Mail: e.altendorfer@magral.de
www.magral.de

USt.-IDNr. DE182195801
HRB 114 166 München
Vorstand: Dr. Albert Gresser, Martin Gresser
AR-Vors.: Susanne Gresser-Lachenmayr

268. Ausgabe

April 2020

VERTRAULICHE MONATS-INFORMATION FÜR DIE LEITER DER KÄMMEREI

MAGRAL's Markets

Märkte – Meinungen – Konditionen

Wichtige Daten 27.03.20

EURIBOR

1 Monat:	- 0,443 %
3 Monate:	- 0,353 %
6 Monate:	- 0,281 %

Bund Future	172,36
Umlaufrendite	- 0,32 %
Euro	1,10 US \$

Geldanlagen

Festgeld-Anlagen

4 Monate:	-0,30 % - -0,27 %
6 Monate:	-0,30 % - -0,27 %
9 Monate:	-0,30 % - -0,27 %

Anlagen

1 Jahr:	0,00 %
3 Jahre:	0,26 %
4 Jahre:	0,37 %
5 Jahre:	0,47 %

Kassenkredite

6 Monate:	0,00 %
12 Monate:	- 0,02 %
24 Monate:	0,15 %

KommunalDarlehen*

1 Jahr:	0,00 %
5 Jahre:	0,19 %
10 Jahre:	0,29 %
15 Jahre:	0,37 %
20 Jahre:	0,59 %
ges. Lz. 30 Jahre:	0,62 %
ges. Lz. 40 Jahre:	auf Nachfrage
ges. Lz. 50 Jahre:	auf Nachfrage

* (Basis 100 % Ausz., 1/4-jährl. nachtr., Tilgg. 2 % p. a. zzgl. ersparter Zinsen, alle gängigen Alternativen darstellbar; förderfähige Darlehen noch billiger)

☛ Stabil ist eine Währung, wenn die Zentralbank das Wachstum der Geldmenge am Wachstum der Geldnachfrage der Wirtschaftsteilnehmer orientiert. Die Zunahme der Geldnachfrage beruht auf dem langfristigen Wachstum der Wirtschaft (Bruttoinlandsprodukt = BIP). Die Corona-Krise hat jedoch das BIP-Wachstum nicht etwa erhöht, sondern – vorübergehend – geschwächt. Somit gibt es keinen Grund, die Geldmenge auszuweiten. Genau das aber leitete die EZB mit ihrer „Bazooka“, dem mindestens € 750 Mrd. hohen Programm, ein. Die Nachfrage nach Gütern verstärken zu wollen, wenn das wahre Problem darin liegt, dass die Produktion von Gütern zurückgeht, weil die Läden/Firmen schließen/Lieferketten überlastet sind, ist schlichtweg unsinnig. Die richtige Vorgehensweise der EZB wäre es, mit ruhiger Hand zu agieren und Vertrauen auszubauen, anstatt rechtswidrig die Staatsfinanzierung massiv auszudehnen. Die Pandemie ist kein Nachfrageschock, sondern ein Angebotsschock, da wegen der Schließungen die Güterproduktion zurückgegangen ist. Also muss nicht die Güternachfrage angespornt werden, sondern eine „Angebotspolitik“ betrieben werden. Das bedeutet: Hilfe bei der Erhaltung rentabler Produktionsstätten, Stabilisierung von gesunden Unternehmen über die Zeit, in der diese zwangsgeschlossen sind, Unterstützung derjenigen, die unverschuldet in Not geraten sind. Wie kann der Staat dies finanzieren? Nicht durch Geld drucken, für zusätzliches Geld besteht keine Nachfrage, dies würde nur Verwerfungen auslösen. Auch nicht durch höhere Steuern, die – wie es u.a. der Solizuschlag zeigt – dann rasch zu Dauersteuern für Bürger und Unternehmen wird. Der Angebotsschock ist vorübergehend und daher genügt eine vorübergehende, erhöhte Staatsverschuldung. Das unterstreicht auch, dass die Diskussion über Euro-Bonds überflüssig ist. Für vorübergehende Probleme genügen vorübergehende Maßnahmen. Überlegenswert ist folgender Ansatz, um Unternehmen mit dem Ausklingen der Krise den Umsatz zu forcieren: Einführung eines klar befristeten Zeitraums, in dem bei Güter- und Dienstleistungskäufen ganz oder teilweise auf die Mehrwertsteuer verzichtet wird. So könnten viele Unternehmen nach dem „shut-down“ höhere Umsätze tätigen und die Schäden aus der Vergangenheit zumindest teilweise ausgleichen. ☛

**Danke für Ihre Treue in diesen Zeiten.
Wir sind weiterhin mit vollem Einsatz für Sie tätig.**